

DPR: Maiausgabe der „PflegePositionen“ des Deutschen Pflegerats ist erschienen.

Die Themen der aktuellen Ausgabe sind:

- Editorial. Jens Spahn hält Wort (von Franz Wagner, Präsident des DPR)
- Im Focus. Berliner Frauenpreis für Christine Vogler (von Irene Maier, Vize-Präsidentin des DPR)
- Verordnung zur Pflegeausbildung ist auf dem Weg. Pflege attraktiver machen
- Krankenhaus-Report 2018. Drängender Reformbedarf für die Krankenhäuser
- Kurz gemeldet. Kammergesetz in NRW kommt
- Nationaler Masterplan. Pflege neu denken

Die Maiausgabe der „PflegePositionen“ können Sie hier abrufen:
<http://www.deutscher-pflegerat.de/aktuelles/newsletter.php>.

Zur Info: „PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Ansprechpartner: Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats

Deutscher Pflegerat e.V. (DPR), Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Telefon: (0 30) 398 77 303, Telefax: (0 30) 398 77 304, E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de, Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Deutscher Pflegerat: Mehr Pflege braucht das Land DPR begrüßt Vorschläge des Pflegebevollmächtigten

Berlin (17. Mai 2018, Nr. 20/2018) - Der DPR begrüßt die Initiative des Pflegebevollmächtigten Westerfellhaus zur Bekämpfung der Personalnot in der Pflege. „Es ist ein erfreuliches Signal in die Berufsgruppe, dass die Bundesregierung erste konkrete Schritte unternehmen will, die Berufsflucht aus der Pflege zu stoppen und in die Berufsangehörigen und ihr Arbeitsumfeld zu investieren,“ sagt Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerates. „Besonders innovativ ist der Vorschlag der Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 80% bei vollem Lohnausgleich. Es ist ein wichtiges Angebot an diejenigen, die trotz der widrigen Umstände im Beruf ausgehalten haben.“

„Die Vorschläge sind insgesamt auch ein deutliches Signal gegen die Einschätzung, eine umfassende Stellenausweitung würde verpuffen, da es gar keine fachlich qualifizierten Pflegenden auf dem Markt gebe. Es gibt zehntausende von ausgebildeten Pflegefachpersonen, die dem Beruf wegen der schlechten Rahmenbedingungen den Rücken gekehrt haben. Nur durch bessere Arbeitsbedingungen kann der aktuelle Trend zum stufenweisen oder vollständigen Ausstieg umgedreht werden. Das erfordert auch Veränderungen bei der Arbeitsorganisation und gute Führung. Es erfordert aber vor allem eine bessere Stellenausstattung in allen Versorgungsbereichen.“

Aber Prämien allein werden nicht ausreichen. Die weiteren angekündigten Maßnahmen wie ein anschlussfähiges und sinnvolles Bildungskonzept oder die Neuordnung von Verantwortungsbereichen, die in eine berufliche Autonomie münden, sind unabdingbar umzusetzen. Nur so können aus unserer Sicht die Kolleginnen und Kollegen dann auch im Beruf gehalten werden.

Der Deutsche Pflegerat bekräftigt seine Forderungen nach einem zeitnahen und umfassenden Masterplan für Pflegeberufe für die nachhaltige Sicherung der Versorgung in Deutschland.

Ansprechpartner: Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats

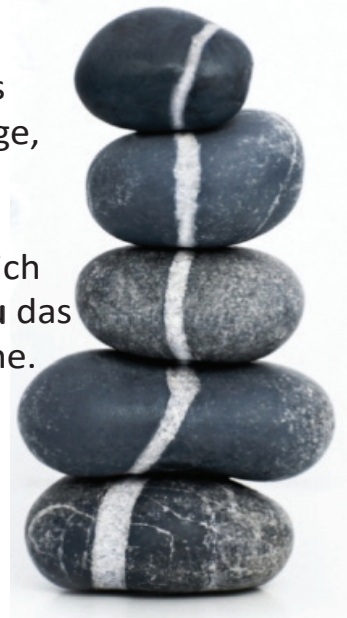
Deutscher Pflegerat e.V. (DPR), Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen, Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Telefon: (0 30) 398 77 303, Telefax: (0 30) 398 77 304, E-Mail: presse@deutscher-pflegerat.de, Internet: www.deutscher-pflegerat.de

Personalnot: Westerfellhaus will Geldprämien zahlen

17.05.2018 / News - Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, möchte dem Personalmangel in der Pflege mit Geldprämien begegnen. Das berichten mehrere Medien unter Berufung auf ein Positionspapier des Pflegeexperten. Demzufolge sollen ehemalige Pflegenden aus Kliniken und Pflegeheimen, die in ihren alten Beruf zurückkehren oder ihre Arbeitszeit aufstocken, eine Prämie von bis zu 5000 Euro erhalten. Diese Sonderzahlung soll steuerfrei sein. Berufsanfänger, die direkt nach der Ausbildung in den Pflegeberuf einsteigen, sollen dem Positionspapier zufolge mit einer Prämie von 3000 Euro belohnt werden. Mit den Prämien wolle er „die Vertrauenskrise in der Pflege beenden“, sagte Westerfellhaus gegenüber der „Rheinischen Post“. Parallel dazu müssten die Arbeitsbedingungen so verbessert werden, dass derartige Zahlungen nicht mehr notwendig seien, so der Pflegebevollmächtigte weiter.

Tu erst das
Notwendige,
dann das
Mögliche,
und plötzlich
schaffst du das
Unmögliche.

Franz von Assisi



Den Medienberichten zufolge würden sich die Kosten auf rund 570 Millionen Euro im ersten Jahr und etwa 345 Millionen Euro in den Folgejahren belaufen und sollten auf zwei bis drei Jahre begrenzt oder finanziell gedeckelt werden.

Ein weiterer Vorschlag sieht zudem vor, Pflegenden die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 100 auf 80 Prozent zu reduzieren.

Quelle: <https://www.bibliomed-pflege.de/alle-news/detailansicht/35365-personalnot-westerfellhaus-will-geldpraemien-zahlen/>

DEVAP: Schnell gemacht, heißt nicht, gut gemacht!

Beitragserhöhung – die Pflegeversicherung braucht jetzt eine Finanzierungsreform!

Dr. Bodo de Vries, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Evangelischen Verbands für Altenarbeit und Pflege e.V. erklärt anlässlich der Ankündigung des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn zur Anhebung des Beitragssatzes um geschätzte 0,2 Prozent und zu den Vorschlägen des Pflegebeauftragten Andreas Westerfellhaus zur Anwerbeprämie für den Wiedereinstieg von Pflegekräften.

Es könnte fast der Verdacht aufkommen, dass sich der Gesundheitsminister mit dem Pflegebeauftragten ein Duell liefert um die besten Ideen zur Verbesserung der Pflege. Doch bei beiden bleibt noch viel Luft nach oben.

Der Gesundheitsminister sollte jetzt die Chance ergreifen, um endlich eine richtige Finanzierungsreform anzugehen und nicht wieder die nächste Flickschusterei zu betreiben. Die Pflegeversicherung muss jetzt zu einer echten Teilkasko umgebaut werden, damit die Pflegebedürftigen endlich entlastet werden. Heute zahlt die Pflegeversicherung nur eine Pauschale und den Rest muss der Betroffene oben drauf packen. Dieses Prinzip muss umgedreht werden: die Pflegebedürftigen zahlen einen festen Eigenanteil, die darüber hinaus gehenden Kosten werden von der Pflegeversicherung getragen. Erst so wird Pflege wieder finanzierbar. Es verwundert uns überdies nicht, dass sich die Zahl der Leistungsbezieher nach der Pflegereform deutlich stärker entwickelt hat als gedacht. Daran sieht man, wie viele auf Hilfe und Pflege angewiesene Menschen zuvor einfach unter den Tisch gefallen sind. Da ist es nur folgerichtig, dass sich Herr Spahn jetzt darum bemüht die Lücken zu stopfen. Müsste er aber gar nicht, wenn in der stationären Pflege endlich die gesamten Kosten für die medizinische Behandlungspflege von der Krankenversicherung übernommen würden – dort gibt es doch derzeit ein gutes Polster. Die freiwerdenden Kapazitäten in der Pflegeversicherung kann man dann dafür nutzen, um die finanzielle Unterdeckung auszugleichen.

Bei Herrn Westerfellhaus sind wir gespannt auf seine weiteren Ideen – die geplante Anwerbeprämie ist für uns auf jeden Fall nicht der große Wurf. Es ist doch für jede noch tätige Pflegekraft eine Klatsche ins Gesicht, wenn sie hört, dass sie keine Anerkennung für ihre Arbeit erhält, aber die neue Kollegin gleich mal 5.000 Euro – nicht wissend, wie lange diese wirklich im Beruf verbleibt. Unsere Einrichtungen und Dienste kennen solche Instrumente; einzig der Erfolg blieb bislang aus. Vielmehr muss es doch darum gehen, endlich die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und dafür Sorge zu tragen, dass keine Pflegekraft mehr vorzeitig ihren Beruf aufgibt, weil der Pflegealltag unerträglich geworden ist. Hierfür sollte Herr Westerfellhaus Ideen entwickeln. Schließlich ist es denjenigen, die jeden Tag ihren Dienst tun, zu verdanken, dass die Pflegeversorgung in Deutschland noch funktioniert. Es wird Zeit: Zeit zum Umdenken und eine echte Pflegereform, die Ihren Namen verdient.

Kontakt:

Madeleine Viol, Referentin, Telefon 030 83001-265; E-Mail: info@devap.de

Quelle: DEVAP-Pressemitteilung | 17.05.2018

DBfK-Pressemitteilung

Ein wichtiger erster Schritt, dem schnell weitere folgen müssen

Berlin, 17.05.2018 - Heute wurde bekannt, dass der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung eine Reihe von Vorschlägen macht, wie der Verbleib im und die Rückkehr in den Pflegeberuf verbessert und der Beruf wieder attraktiver werden kann. Dabei geht es beispielsweise um ein Prämiensystem als Anreiz, aber auch um die Übertragung eines schwedischen Modells zur Arbeitszeitverkürzung auf 80 Prozent bei vollem Lohnausgleich.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) sieht in diesem Vorstoß grundsätzlich einen wichtigen ersten Schritt, um dem Pflegenotstand zu begegnen. „Der DBfK begrüßt diese Initiative zur Attraktivitätssteigerung des Pflegeberufs“, sagt DBfK-Präsidentin Prof. Christel Bienstein. „In Verbindung mit den weiteren Vorschlägen für ein umfassendes Ausbildungskonzept, Förderung von Best-Practice bei der Arbeitsgestaltung und mehr Verantwortung – also Autonomie – kann dies ein wichtiger Baustein für eine Kehrtwende beim Exodus aus den Pflegeberufen sein. Um, wie Herr Westerfellhaus betont, die ‚Vertrauenskrise‘ in der Pflege zu beenden, braucht es aber erheblich mehr. Solange die professionell Pflegenden nicht in ihrem Alltag eine spürbare positive Veränderung und Entlastung erleben, werden sie politischen Ankündigungen nicht vertrauen. Nur für Geld kommen sie nicht zurück an die Arbeitsplätze, aus denen sie wegen der chronischen Überlastung und dem geringen Stellenwert von Pflege im Gesundheitssystem geflüchtet sind. Da muss deutlich mehr getan werden.“

Parallel dazu muss u.a. dringend die Personalausstattung in allen Versorgungssektoren deutlich verbessert werden, sonst verpuffen die guten Vorschläge des Pflegebevollmächtigten. Mit einer Prämie können keine Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz, kein Verlust an befriedigendem Privatleben, keine verloren gegangenen sozialen Kontakte kompensiert werden - alles Gründe, warum beruflich Pflegenden ihren Beruf verlassen. Und ob die Geldprämie für Arbeitgeber, die zusätzlich Fachpersonal einstellen, der richtige Anreiz ist und den beabsichtigten Zweck erfüllen wird, bleibt abzuwarten.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK), Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030-2191570, Fax: 030-21915777, dbfk@dbfk.de, www.dbfk.de

DBfK-Position zu neuen Assistenzberufen im Krankenhaus

Berlin, 15.05.2018 - Neben der MTA und der PTA gibt es - vor allem in deutschen Kliniken - inzwischen weitere medizinische Assistenzberufe. Häufig entstehen sie vor dem Hintergrund eines Personalmangels oder rein aus Kostenerwägungen und sind nicht konsequent ins berufliche Bildungs- und Tarifsystem eingebunden.

In einem Positionspapier hat der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) nun ausführlich dazu Stellung genommen. Nachdem bereits im vergangenen Jahr als Reaktion auf den Ärztetagsbeschluss 2017 eine vielbeachtete DBfK-Position zu Physician Assistants veröffentlicht wurde, geht es nun ergänzend auch um die TA's – die Technischen Assistenten: OTA, ATA und CTA. Das Positionspapier erläutert die Hintergründe dieser Berufsprofile und zeigt Probleme damit im Berufsbildungssystem, aber auch in der Gesundheitsversorgung sowie Perspektiven auf.

Grundsätzlich werden daraus drei zentrale Forderungen abgeleitet:

- Die Weiterentwicklung von Berufsprofilen bei Gesundheitsberufen ist nur auf rechtlicher Grundlage zuzulassen bzw. entsprechende Modellklauseln zu nutzen. Neue Berufsprofile müssen eindeutig definiert und ins Verhältnis zu bereits bestehenden Berufen gesetzt werden.
- Es ist zu überprüfen, ob ein neues Berufsprofil im Versorgungskontext sinnvoll und notwendig ist und den Absolvent/innen weitere Entwicklungschancen offen hält.
- Neue Berufe müssen strukturell alle Rechte eröffnen, die etablierte Berufe haben.

Das Positionspapier ist als Download unter www.dbfk.de/de/veroeffentlichungen/Positionspapiere.php abrufbar.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK), Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 030-2191570, Fax: 030-21915777, dbfk@dbfk.de, www.dbfk.de

- Pflegende Hände -

Eine Initiative der Ärztlichen Gesellschaft für Gesundheit und Prävention (ÄGGP) in Zusammenarbeit mit dem Berliner MVZ psychische Gesundheit und der free-med Online-Akademie zur Verbesserung der gesundheitlich gefährdeten Bevölkerungsgruppe der pflegenden Angehörigen

Der größte Pflegedienst in Deutschland ist die Familie. Mehr als zwei Drittel der 2,8 Millionen (2030 bereits 3.8 Millionen) pflegebedürftigen Menschen in Deutschland werden zu Hause versorgt – die meisten von ihnen durch Angehörige. Das zeigt die Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes. Demnach leben 71 Prozent oder 1,86 Millionen der Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten, in den eigenen vier Wänden.

Auch für pflegende Angehörige gibt es zahlreiche Hilfsangebote:

finanziell, informell, materiell - aber diese richten sich zumeist auf die Verbesserung der Pflegeleistung.

Aber gerade hier können paradoxe Reaktionen die Folge sein, denn zusätzlicher Leistungsdruck kann einen circulus vitiosus aus erlebter Insuffizienz und dem Versuch der Optimierung der Pflege mit der Folge des sog. Pflege-Burnouts auslösen. Mit Ängsten, Depressionen, somatoformen Erkrankungen, Schlafstörungen, Stresssymptomen und Erschöpfung bis hin zu Todeswünschen, Erlösungsphantasien, Vereinsamung, Rückzug finden sich die Angehörigen selbst als Patienten wieder. Die spezifische Psychodynamik begünstigt eine depressive Entwicklung im System Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger. Verstärkt wird diese Entwicklung z.B. durch die Unausweichlichkeit des Krankheitsprozesses des zu Pflegenden, das fortschreitende Alter- und Kränkerwerden, die stärker werdende gegenseitige Abhängigkeit sowohl psychisch, körperlich und auch wirtschaftlich.

Die soziale Isolierung betrifft schließlich die Pflegeperson ebenso, wie die pflegende Person. Als Schicksalsgemeinschaft steuert das Pflegesystem vom Pflegefall der Pflegefälle zu. Dies ist nahezu die Regel, denn in zahlreichen Befragungen geben 70 bis 90 % der pflegenden Angehörigen an unter körperlichen und/oder seelischen Beschwerden zu leiden.

Angesichts der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung und der mangelhaften Konzeptualisierung der medizinisch-psychotherapeutischen Versorgung der Gruppe der pflegenden Angehörigen wurde das Versorgungsnetzwerk „Pflegende Hände“ ins Leben gerufen. Es widmet sich der Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe im Hinblick auf die starke psychosoziale und psychosomatische Exposition und psychotherapeutischen Behandlung bei ausgelöster Symptomatik.

Pflegende Hände hat folgende Ziele:

psychosomatisch-psychotherapeutische Beratung und Behandlung pflegender Angehöriger im Krankheitsfall

- online-Edukation und Information der Betroffenen
- Integration verschiedener Berufsfelder (Ärzte, Heilpraktiker, Apotheken, Pflegedienste, Initiativen) in der Unterstützung pflegender Angehöriger
- Einsatz des Videokonferenzsystems zur telemedizinischen Beratung und Behandlung, wenn ein face-to-face-Kontakt nicht möglich ist.

Als Schwerpunktpraxis ist das MVZ psychische Gesundheit mit seiner Infrastruktur sowie den fachärztlichen psychiatrischen, psychosomatischen und psychotherapeutischen Kompetenzen seiner Fachärztinnen und Fachärzte Anlaufstelle für Hilfe suchende Angehörige in Berlin.

Dort erhalten diese störungsbezogene Beratung und psychotherapeutisch - psychosomatische Behandlung im Hinblick auf

krankheitsauslösende psychodynamisch relevante Konflikte. Als Krankenbehandlung übernimmt die Krankenkasse die Kosten. In der Regel stehen Gruppenpsychotherapien und bei Bedarf Einzelpsychotherapien zur Verfügung. Dabei sorgt ein eigenes telemedizinisches Kommunikationssystem des MVZ für einen raschen und reibungsfreien Austausch zwischen den Ärzten und beteiligten Behandlern (z.B. psychologische Psychotherapeuten, Ergotherapeuten, Pflegeeinrichtungen, Beratungsstellen) sowie den betroffenen pflegenden Angehörigen, gerade dann, wenn diese die häusliche Pflegesituation nicht verlassen können.

Hilfesuchende Angehörige haben einen zuständigen Ansprechpartner im MVZ Psychische Gesundheit, der in den Sprechzeiten zu erreichen ist. Es steht weiterhin das online-Buchungssystem für videogestützte Interventionen zur Verfügung. Es werden unter dem Dach der free-med GmbH Informationsprogramme zur Prävention von Pflegeburnout für pflegende Angehörige angeboten.

Angestrebt ist die Bildung des interdisziplinären Netzwerkes „Pflegerische Hände“. Betroffene und Interessenten, aber auch Sie, die sich in Parteien, Verbänden, Behörden und Organisationen, aber auch in Praxen für pflegende Angehörige engagieren, möchten wir auf unser Netzwerk aufmerksam machen als fachärztlich medizinischpsychotherapeutische Einrichtung speziell für bereits auffällig gewordene und Hilfe suchende Pflegeangehörige. Eine Kooperation mit „Pflegerische Hände“ steht Ihnen sehr gern offen.

Anschrift: Bundesplatz, 10715 Berlin, Tel.: 030-85401481

E-Mail: info@mvz-psychische-gesundheit.de, Website www.mvz-psychische-gesundheit.de

Kooperationspartner: Berufsverband Deutschland für Psychosomatische Medizin (BDPM) careship.de AD Gesundheit-plus 65

Quelle: Mitteilung MVZ Berlin, 15.05.2018

Größere Anstrengungen gegen Pflegenotstand gefordert

14.05.2018 / News - Angesichts des Pflegenotstands in Deutschland müssen aus Sicht von Verbänden und Gewerkschaft die Bemühungen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege verstärkt werden. Anlässlich des Internationalen Tags der Pflegenden am vergangenen Samstag bekräftigten sie ihre Forderungen nach mehr Personal, Entlastung und angemessener Bezahlung.

Nach Einschätzung des Deutschen Pflegerats (DPR) klafft in Deutschland eine Personallücke von mehr als 100.000 professionell Pflegenden. DPR-Präsident Franz Wagner forderte deshalb von der Bundesregierung erneut einen „nationalen Masterplan zur Sicherung der pflegerischen Versorgung“, der sich über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren erstrecke.

Zahlreiche Beschwörungen und Danksagungen der Politik zum Aktionstag hülften nicht weiter. Der Ansatzpunkt für eine gute pflegerische und medizinische Versorgung in Deutschland seien die Pflegenden. Alle gesetzlichen und sonstigen Initiativen müssten von diesem Punkt aus gedacht werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. „Dazu gehört unabdingbar auch, den professionell Pflegenden das Recht zu geben, über ihre eigene Profession mitzubestimmen“, so Wagner.

Auch die rheinland-pfälzische Pflegekammer forderte erneut, ein „Jahrzehnt der Pflege“ auf Bundesebene zu initiieren. Denn es brauche dringend gesetzliche Regelungen und Investitionen in Milliardenhöhe. Kammerpräsident Markus Mai sprach sich in diesem Zusammenhang für ein monatliches Gehalt examinierter Pflegefachpersonen von rund 4.000 Euro brutto aus.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi plädierte für verbindliche Personalvorgaben in der Pflege. „Klinikbetreiber und Pflegefirmen missbrauchen das Argument fehlender Fachkräfte als Ausrede gegen eine höhere Personalausstattung“, sagte Verdi-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Die Bemühungen von Deutscher Krankenhausgesellschaft und Kassen für Personaluntergrenzen seien „völlig unzureichend“. Klinikbetreiber sollten sich endlich ihrer Verantwortung stellen und für mehr Personal sorgen.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) will das Personal in den Pflegeheimen über die im Koalitionsvertrag vereinbarten 8.000 zusätzlichen Stellen hinaus aufstocken. „Mein Ziel ist, dass in jeder der 13.000 stationären Altenpflegeeinrichtungen in Deutschland zusätzliches Personal ankommt“, kündigte er kürzlich im Nachrichtenmagazin Spiegel an.

Am Samstag demonstrierten auch mehrere Hundert Menschen in Berlin in einem „Walk of Care“ für bessere Bedingungen in der Pflege. Rund 750 Teilnehmer beteiligten sich an der Protestaktion.

Einen Erfahrungsbericht dazu lesen Sie in Kürze auf BibliomedPflege.de.

Quelle: <https://www.bibliomed-pflege.de/alle-news/detailansicht/35325-groessere-anstrengungen-gegen-pflegenotstand-gefordert/>

Studie: Mehr als 100.000 zusätzliche Pflegekräfte bis 2025 benötigt

16.05.2018 / News - Bis zum Jahr 2025 werden einer Studie zufolge in Deutschland 80.000 zusätzliche Fachkräfte in der Altenpflege und 30.000 zusätzliche Krankenpflegefachkräfte benötigt. Diese Stellen seien nötig, um den Status quo in der Pflege von 2016 zu gewährleisten, heißt es im Krankenhaus Rating Report 2018 des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, wie die „Ärzte Zeitung“ berichtet. Der Fachkräftemangel werde somit zur größten Herausforderung für die Gesundheitswirtschaft.

Zum tatsächlichen Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften hat es bereits Einschätzungen geben, die von noch mehr Stellen ausgehen. So fehlen etwa nach Ansicht des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) „deutlich über 126.000 Stellen“.

Quelle: <https://www.bibliomed-pflege.de/alle-news/detailansicht/35358-studie-mehr-als-100000-zusaetzliche-pflegekraefte-bis-2025-benoetigt/>

Positionen der Diakonie Deutschland in der Gesundheits-, Rehabilitations- und Pflegepolitik 2018

Dieses Positionspapier richtet sich an alle, die die Gesundheits-, Pflege- und Behindertenpolitik auf Bundesebene mitgestalten wollen.

Schwerwiegende Krankheiten, Pflegebedürftigkeit und Behinderung treffen oft zusammen. Damit die betroffenen Menschen dann passgenaue Hilfen erhalten, muss das gegliederte System der sozialen Sicherung weiterentwickelt werden. Dafür werden in diesem Positionspapier Leitideen und konkrete politische und sozialrechtliche Regelungsvorschläge entwickelt. Das Papier ist herunter zu laden unter: https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/01_2018_Positionen__in_der_Pflegepolitik.pdf

Quelle: <https://www.diakonie.de/diakonie-texte/012018-positionen-der-diakonie-deutschland-in-der-gesundheits-rehabilitations-und-pflegepolitik/>

Befragung zur Errichtung einer Pflegekammer in Hessen

Das Thema Pflege ist aktuell in aller Munde. In der jüngeren Vergangenheit haben bereits drei Bundesländer eine Pflegekammer errichtet. Das Land Hessen hat noch keine Entscheidung über die Frage der Errichtung einer solchen Kammer getroffen. Das Hessische Statistische Landesamt wird in Kürze im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration eine Online-Befragung zu diesem Thema durchführen. Diese richtet sich an alle ca. 55.000 in Hessen tätigen Pflegefachkräfte. Ziel ist die Erhebung eines möglichst breiten Meinungsbildes über die denkbare Einführung einer Pflegekammer in Hessen. Bei der Befragung handelt es sich um eine anonyme Befragung, die im Juni 2018 durchgeführt werden wird. Die Befragungsunterlagen mit einem individuellen Zugangscode zur Befragungsplattform werden in Kürze über die jeweiligen Arbeitgeber ausgegeben.

Quelle: Infoschreiben Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Referat V8 (Gesundheits- und Pflegeberufe), 18.05.2018

Weitere Infos hierzu finden Sie auch unter: <https://www.landespflegerat-hessen.de/>

INTERESSANTE TAGUNGEN/KONGRESSE:

Bitte vormerken: CKiD-Jahrestagung 21. und 22. Juni 2018, Berlin

Infos unter: <http://www.christliche-krankenhaeuser.de/>

Lernwelten 2018 18. internationaler wissenschaftlicher Kongress für Pflege- und Gesundheitspädagogik

30. August | 31. August | 1. September 2018 Universitätsspital Basel

Berufsbezogene Weiterbildung, Selbstverständnisse – Strukturen – Konzepte

Infos unter: <http://www.lernwelten.info/>

10. Bundeskongress Kommunikation Diakonie 2018, 26.+27.9.2018 in Kassel, Haus der Kirche

infos unter: www.bundeskongress-kommunikation-diakonie.de

Deutscher Fachpflegekongress & Deutscher OP-Tag 2018, 27. bis 29. September 2018, Messe und Congress Centrum, Halle Münsterland, Münster

Infos unter: <https://dfk.bibliomed.de/>

Als Betreiber dieses Angebotes übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt verlinkter externer Internetseiten
